



Minarettverbot: Schnee von gestern? Nein, die Vorlage fände wohl auch heute eine (knappe) Mehrheit

KOMMENTAR

MARTIN LEHMANN ist «reformiert.»-Redaktor in Bern



Ziemlich überflüssig

Der Kopf des Stimmbürgers sagte: Es geht nur um eine baurechtliche Frage – also stimme ich Nein. Der Bauch aber raunte: Der Islam macht mir Angst – also stimme ich Ja. Gegenüber den Meinungsforschern argumentierte der Kopf, an der Urne setzte sich der Bauch durch – und so wurde im November 2009 die Minarettverbots-Initiative der SVP entgegen allen Umfragen wuchtig angenommen.

EMOTIONEN. Sie würde es wohl auch heute, wie die «reformiert.»-Umfrage ein Jahr danach zeigt – jedenfalls wenn die Initianten im Abstimmungskampf erneut die Islamisierung der Schweiz beschwören würden. Sie zeigt aber noch etwas anderes: Nur jeder Zwanzigste findet, das Minarettverbot habe sich positiv aufs gesellschaftliche Zusammenleben ausgewirkt. Fast die Hälfte sieht keine Veränderungen, vierzig Prozent vorab negative. Das heisst: Wenn denn ein Volksentscheid dazu dienen sollte, ein Problem zu lösen – das Minarettverbot hat diesen Anspruch nicht erfüllt.

STIMMUNGSBILD. Bloss: Die Initianten wollten gar kein Problem lösen – sondern ein Plebiszit zum Islam. Zudem gab es gar kein Problem zu lösen – weil nämlich die vier Minarette in der Schweiz kaum welche verursachen. Insofern mag der Bauch ein Jahr danach weiter triumphieren, ein Zeichen gesetzt zu haben. Der Kopf hingegen muss einräumen: Die Initiative hat nichts gebracht. Jedenfalls nichts Gutes.

Kein Ausrutscher

MINARETTVERBOT/ Ein Jahr nach der Abstimmung fände die Initiative wohl erneut eine knappe Mehrheit – obwohl sich seit der Annahme kaum etwas zum Guten verändert hat. Das zeigt eine repräsentative Umfrage von «reformiert.»

Am Abend des 29. November 2009 rieben sich Politiker und Meinungsforscherinnen landauf, landab die Augen: Entgegen aller Umfragen und Prognosen hatte die Schweiz der Minarettverbots-Initiative der SVP eben mit grossem Mehr (57,5%) zugestimmt. Die Gewinner frohlockten über ein statuiertes Exempel, die Verlierer machten diffuse Ängste vor dem Islam für den Entscheid verantwortlich, Unternehmer und Aussenpolitikerinnen bemühten sich auf dem internationalen Parkett um Schadensbegrenzung.

ZUSTIMMUNG. Wie würde die Schweiz heute, ein Jahr danach, abstimmen? Und wie schätzt sie die Wirkung des Minarettverbots ein? Eine von «reformiert.» in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Isopublic bei 1004 Personen in der Deutsch- und Welschschweiz zeigt interessante Ergebnisse: Würde dieselbe Vorlage heute zur Abstimmung gelangen, würde sie von 43% der Stimmberechtigten angenommen und von 46,4% abgelehnt – gut 10% der Befragten sind unentschlossen oder würden leer einlegen. Wie in allen Umfragen vor der Abstimmung ist also die Zahl der Initiativgegner auch in dieser Umfrage grösser als jene der Befürworter, allerdings ist der Abstand zwischen den Lagern gegenüber den Erhebungen von 2009 (37% Ja, 49% Nein) deutlich kleiner geworden. Insbesondere die Besserverdienenden würden die Initiative heute stärker unterstützen als letztes Jahr.

Zudem dürften sich die Werte gemäss Isopublic-Geschäftsführer Matthias Kappeler im Ernstfall erneut zugunsten der Minarettgegner verschieben, wenn die Entscheidfindung erneut von einem emotionalen Abstimmungskampf begleitet würde: «Wie vor einem Jahr wären die Minarettgegner vermutlich besser zu mobilisieren und würden die Unentschlossenen die Initiative wohl unterstützen und ihr erneut zum Durchbruch verhelfen – wenn vermutlich auch nur knapp.»

POLARISIERUNG. Das Minarettverbot fände also wohl weiterhin eine Mehrheit – wie aber hat sich das Ja zur Initiative auf das gesellschaftliche Zusammenleben in der Schweiz ausge-

wirkt? Fast die Hälfte der Befragten (48,6%), allen voran die Landbevölkerung, findet, es habe sich nichts geändert – weder zum Guten noch zum Schlechten. Nur 5,4 Prozent sehen positive Auswirkungen des Volksentscheids – und erwähnen auf Nachfrage etwa, es sei eine längst fällige Diskussion in Gang gekommen, das Stimmvolk habe ein Zeichen gesetzt und aufgezeigt, dass es besonders von Muslimen Integrationsbereitschaft verlange. Zudem habe der Mehrheitsentscheid dazu geführt, dass sich nicht mehr zu verstecken brauche, wer gegenüber Muslimen Vorbehalte habe.

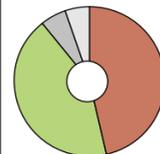
Über 40 Prozent – auffallend viele Junge und Gutsituerte – sehen hingegen vor allem negative Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Schweiz: Das Minarettverbot habe zu einer Polarisierung der Gesellschaft geführt, die Spannungen und das Misstrauen zwischen Nichtmuslimen und Muslimen hätten zu-, die Akzeptanz gegenüber dem Fremden abgenommen, ausserdem sei die Berichterstattung der Medien über den Islam tendenziell negativ.

MISSTRAUEN. «Nehmen Sie in der Schweiz eine antimuslimische Stimmung wahr?», liess «reformiert.» schliesslich nachbohren. Während zwei von drei Romands und auch gut 60% der 15- bis 34-Jährigen – also jene Bevölkerungsgruppen, die traditionell eher bereit sind, mit anderen Kulturen und Religionen zusammenzuleben – dies klar verneinen, stellen mehr als die Hälfte der Deutschschweizer sowie der 55- bis 74-Jährigen eine solche Stimmung tatsächlich fest.

Insgesamt halten sich die Einschätzungen ungefähr die Waage: 47,2% der Stimmberechtigten stellen eine antimuslimische Stimmung in Abrede, 48,9% glauben, sie wahrzunehmen – etwa in der forcierten Debatte über das Burkaverbot und die muslimischen Grabfelder oder in einem vermehrt auch öffentlich und medial zur Schau getragenen Misstrauen gegenüber dem Islam. MARTIN LEHMANN

MINARETTVERBOT: EIN JAHR DANACH
Was ist durch das Minarettverbot anders geworden? Ein Dossier auf den > **Seiten 5–8**

Würden Sie der Minarettverbots-Initiative heute zustimmen, oder würden Sie sie ablehnen?



● Ablehnen: 46,4%
● Zustimmung: 43,0%
● Weiss nicht: 5,5%
● Leer einlegen: 5,1%

Hat sich das Ja zur Initiative eher positiv oder negativ auf das gesellschaftliche Zusammenleben in der Schweiz ausgewirkt?

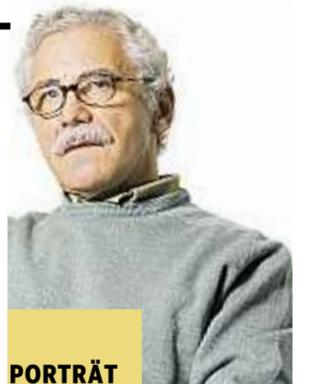


● Gleich geblieben: 48,6%
● Eher negativ: 40,2%
● Eher positiv: 5,4%
● Weiss nicht: 5,8%

Nehmen Sie in der Schweiz so etwas wie eine antimuslimische Stimmung wahr?



● Ja, eher: 42,4%
● Ja, sehr: 6,5%
● Nein, eher nicht: 29,2%
● Nein, gar nicht: 18,0%
● Weiss nicht: 3,9%



PORTRÄT

Einsatz für die Armen

NEUE AUFGABE. Vier Jahre lang war Oswald Sigg als Bundesratssprecher die Stimme der Regierung: Er teilte der Öffentlichkeit die Entscheidungen des Bundesrates mit. Jetzt, nach seiner Pensionierung, ergreift er als Journalist das Wort für die Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben. > **Seite 12**



SCHWEIZ

Kirchliche Gespaltenheit

AUSSCHAFFUNG. Was soll künftig mit kriminellen Ausländern geschehen? Die SVP-Initiative möchte sie ohne viel Federlesens ausschaffen, der Bundesrat will die heutige Praxis verschärfen, aber Einzelfälle prüfen. Und die kirchlichen Institutionen sind gespalten. Eine Abstimmungsvorschau und zwei kontroverse Stimmen. > **Seite 3**



INTERVIEW

Begegnungen statt Vorurteile

RELIGIONEN. Peter Wittwer hat einen interessanten religiösen Weg hinter sich: Erst war er katholischer Pfarrer, dann Integrationsbeauftragter der Stadt Zürich und schliesslich reformierter Pfarrer an der Zürcher Predigerkirche. Zudem gründete er das «Zürcher Forum der Religionen» und organisierte die «Woche der Religionen» – auch die diesjährige vom 31. Oktober bis zum 7. November. Im Gespräch mit «reformiert.» äussert er sich über die Bedeutung des interreligiösen Dialogs. > **Seite 2**

NACHRICHTEN

Keine Krise bei den Spenden

HILFSWERKE. Die Schweizerinnen und Schweizer hatten auch im Jahr der Wirtschaftskrise eine offene Hand: Im vergangenen Jahr spendeten sie mit insgesamt 1,5 Milliarden Franken gut 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Dies teilte die Stiftung Zewo mit, deren Gütesiegel Hilfswerke mit transparenter Rechnungsführung auszeichnet. Gemäss Zewo kommen von den Spenden 842 Millionen aus privaten Haushalten und 647 Millionen von Kirchen, Firmen und Legaten. **ZEW.**

Aus für Bildungshaus Schloss Wartensee

KIRCHE ST. GALLEN. Die reformierte Kirche von St. Gallen will ihr Bildungshaus, Schloss Wartensee, an eine dänische Bank verkaufen. Dies, nachdem der Betrieb seit vielen Jahren rote Zahlen schreibt. In den letzten Jahren wurde durch den Umbau zu einem Seminarhotel das Ergebnis verbessert. Doch die Führung eines Hotels gehöre nicht zu den Kernaufgaben der Kirche, fand die St. Galler Kirchensynode bereits letztes Jahr. **REF.**

Schriften vom Toten Meer bald im Internet

QUMRAN. Die berühmten Schriftrollen vom Toten Meer, auch als Qumran-Schriften bekannt, sollen bald – bereits ab nächstem Frühjahr – im Internet zugänglich sein. Die israelische Altertumsbehörde und der Internetriese Google haben ein entsprechendes Projekt gestartet. **REF.**

reformiert.

IMPRESSUM/ «reformiert.» ist ein Kooperationsprojekt des Zürcher, Aargauer, Bündner «Kirchenboten» und des Berner «saemann».

www.reformiert.info

Redaktion: Christa Amstutz, Delf Bucher, Markus Dettwiler, Jürgen Dittrich, Samuel Geiser, Rita Gianelli, Anouk Holthuisen, Fadrina Hofmann, Rita Jost, Käthi Koenig, Reinhard Kramm, Martin Lehmann, Annegret Ruoff, Sabine Schüpbach Ziegler, Daniela Schwegler, Christine Voss

Blattmacher: Martin Lehmann

Layout: Marcel Deubelbeiss, Nicole Huber

Korrektorat: Yvonne Schär

Auflage: 720 000 Exemplare

reformiert. Kanton Zürich

Herausgeber:

Trägerverein reformiert.zürich.
Präsident: Pfr. Rolf Kühni, Stäfa

Geschäftsleitung:

Kurt Bütikofer, Präsident

Redaktionsleitung: Jürgen Dittrich

Adresse Redaktion/Verglag:

Postfach, 8022 Zürich
Tel. 044 268 50 00, Fax 044 268 50 09
redaktion.zuerich@reformiert.info

Redaktionsassistentin: Elisabeth Meili

Verlagsleitung: Corinne Fischbacher

verlag.zuerich@reformiert.info

Inserate: Preyergasse 13, 8022 Zürich

Tel. 044 268 50 30, Fax 044 268 50 09

anzeigen@reformiert.info

Inserateschluss: 4. November 2010

(erscheint am 26. November 2010)

Adressänderungen:

Stadt Zürich: 043 322 18 18

Stadt Winterthur: 052 212 98 89

Übrige Gemeinden: Kirchengemeindefunktionär (s. Gemeindebeilage)

Mix
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern, kontrollierten Herkünften und Recyclingmaterialien
www.fsc.org Cert.-Nr. SCS-COC-2202
© 1996 Forest Stewardship Council

«Gemeinsames überwiegt»

WOCHE DER RELIGIONEN/ Was leistet der interreligiöse Dialog für die Gesellschaft? Antworten von Peter Wittwer.

Peter Wittwer, im Jahr 1997 haben Sie das «Forum der Religionen» gegründet. Warum? Damals habe ich als Ausländerbeauftragter bei der Stadt Zürich gearbeitet. Bei meiner Arbeit stellte sich heraus: Zu den besten Partnern für die Integrationsarbeit gehören die religiösen Gemeinschaften.

Ob Hindus, Buddhisten oder Muslime – viele von ihnen sind doch Tempel- oder moscheefern! Aber eine Moschee oder ein Tempel bedeutet selbst für Migranten mit nicht sehr ausgeprägtem religiösem Hintergrund ein Stück Heimat.

Das Schweizervolk hat letztes Jahr Nein gesagt zu Minaretten in unserem Land. War das für Sie als Pionier des interreligiösen Dialogs eine Ohrfeige? Natürlich war ich betroffen. Aber eines sollten wir nicht vergessen: In der Stadt Zürich ist die Initiative deutlich abgelehnt worden. Und in Städten wie Zürich, Basel oder Genf leben Muslime, hier kommt es zu Begegnungen. Auf dem Land hingegen, wo die Initiative angenommen wurde, kennen viele keinen einzigen Muslim.

Tragen die interreligiösen Aktivitäten zu dieser städtischen Religionstoleranz bei? Zu einem kleinen Teil schon. Aber das Wichtigste ist: Da, wo Begegnungen stattfinden, können sich Vorurteile weniger halten.

Ist es nicht so: Wir Christen interessieren uns für die Muslime, aber sie nicht für uns? Tatsächlich muss der Dialog mehr auf Gegenseitigkeit beruhen. Aber: Wir interessieren uns für sie – das ist zu hoch gegriffen. Wir werden in der kommenden «Woche der Religionen» sehen, ob die Christen scharenweise die Moscheen besuchen. Sicher: Unter uns sind manche, die sich aus Neugierde dafür interessieren, was die anderen machen. Aber das bleibt nur ein kleiner Teil, der deutlich wachsen müsste.

«Kleiner Teil» – könnte man auch sagen: Es sind einige wenige Religionsfunktionäre, die etwas abgehoben den interreligiösen Dialog pflegen? Das weise ich zurück. Wenn wir vom interreligiösen Dialog sprechen, müssen wir

uns auch erst einmal darüber verständigen: Was verstehen wir darunter? Der interreligiöse Dialog ist mehr als das «Zürcher Forum der Religionen» oder die «Woche der Religionen». Der interreligiöse Dialog findet zwischen Nachbarn und Arbeitskollegen statt. Im Alltag kommt zwischen Migranten und Einheimischen einiges in Gang, wenn sich die Möglichkeit zur Begegnung ergibt.

Mit der «Woche der Religionen» bieten Sie nun eine Plattform für den Dialog. Was aber im Programm auffällt: Weit mehr nicht christliche Gruppen laden zur Visite ein als die angestammten christlichen Kirchen.

Das zeigt den Wunsch der Minderheiten, in der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Es geht in dieser Woche nicht in erster Linie darum, dass sich die Migranten mit unserer Religion beschäftigen, sondern dass wir uns kennenlernen und ins Gespräch kommen.

Gibt es aber auch Migranten, die sich für katholische oder reformierte Angebote interessieren? Je stärker jemand bei uns beheimatet ist, desto grösser ist auch sein Interesse, sich auf das Christentum einzulassen. Erst jüngst habe ich mit dreissig Muslimen einen Gottesdienst in der katholischen Liebfrauenkirche besucht.

Für die Muslime eine exotische Erfahrung? Die Muslime sind wahrscheinlich ähnlich überrascht – und vielleicht auch etwas irritiert – wie wir, wenn wir das erste Mal eine Moschee besuchen. Und die Statuen und Bilder im Kirchenraum verstärken bei Muslimen, aber auch bei Juden diesen Eindruck des Fremden noch.



Peter Wittwer, Pionier des interreligiösen Dialogs, koordiniert die «Woche der Religionen» in Zürich

PETER WITTEW, 70 war erst katholischer Pfarrer, dann Integrationsbeauftragter der Stadt Zürich und von 1997 bis 2005 reformierter Pfarrer an der Predigerkirche. Er gründete das «Zürcher Forum der Religionen» und organisiert die «Woche der Religionen».

Ist dies bei reformierten Kirchen anders? Das ist ganz interessant: Als die Frage entstand, wo wir unser Abschlussgebet für die «Woche der Religionen» machen, sagten Juden wie Muslime: Wir kommen lieber in der reformierten Sankt-Peter-Kirche zusammen als in der Liebfrauenkirche. Die bilderlose Kirche steht uns als Räumlichkeit näher. Juden, Muslime und Reformierte haben alle die Tradition, keine Heiligenbilder zu verehren.

Scheint da etwas Gemeinsames auf? Das müssen wir uns immer wieder bewusst machen: Religionen haben viel mehr Gemeinsamkeiten als Dinge, die sie trennen.

INTERVIEW: DELF BUCHER

Fremdes entdecken und Eigenes neu erleben

WOCHE DER RELIGIONEN/ Die verschiedenen Religionen stellen sich vor – und laden zum Besuch ein.



Taizé für einmal im Grossmünster Zürich: «Die Nacht der Lichter»

Vom 31. Oktober bis 7. November wird in der ganzen Schweiz die «Woche der Religionen» durchgeführt. Die von der Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz

(IRAS) initiierte Aktion findet zum vierten Mal statt. Die Angebote im Kanton Zürich werden vom «Zürcher Forum der Religionen» koordiniert und von den beiden Landes-

kirchen sowie vom Kanton und der Stadt unterstützt.

MOSCHEEN UND TEMPEL. 22 Moscheen im Kanton Zürich können am 6. November besucht werden. Am 3. November stellt die reformierte Zürcher Landeskirche über Mittag ihr Positionspapier «Kirche und Islam» vor und hat dazu auch die bekannte Islamwissenschaftlerin Lamy Kaddor eingeladen. Am Abend des gleichen Tages lädt die reformierte Kirchengemeinde Horgen dann zum Gespräch zwischen Christen und Muslimen ein. Doch nicht allein über den Islam kann man einiges erfahren. Am selben Abend bietet die Krishna-Gemeinschaft in ihrem Tempel eine Veranstaltung zum Thema Reinkarnation an, und das «Zürcher Forum der Religionen» ermöglicht am 5. November eine Begegnung mit der Sikh-Gemeinschaft.

SYNAGOGEN UND SCHULEN. Ein spannender Rundgang führt am 2. November durch das jüdische Zürich. Synagogen und Gemeinden werden besucht, gegessen wird in der jüdischen Schule Noam. Am

1. November findet über Mittag im Fraumünster eine christlich-jüdische Hinführung zu den Chagall-Fenstern statt, und am 4. November stellt das Zürcher Lehrhaus seine Bildungsangebote im Bereich Judentum, Christentum und Islam vor.

GESÄNGE UND GEBETE. Von christlicher Seite lockt die «Nacht der Lichter». Frère Alois, der Prior der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé, führt am 6. November durch das Abendgebet im Grossmünster. Bereits tags zuvor findet in der Stadtkirche Winterthur eine Taizé-Andacht statt. Im Geiste der Woche wird aber auch interreligiös gefeiert: in der Fabrikkirche Winterthur am 31. Oktober mit Aleviten, Buddhisten, Muslimen und Christen und in der Augustinerkirche in Zürich am 7. November mit Texten, Musik und Gebeten aus fünf Religionen; dort wirken ein Sufi-Sheik sowie ein jüdischer und eritreischer Chor mit.

CHRISTA AMSTUTZ

VERANSTALTUNGEN Zürcher Forum der Religionen, Tel. 044 252 46 32. www.woche-der-religionen.ch

Kirchen im Parolen-Dilemma

ABSTIMMUNG/ Kirchliche Kreise tun sich schwer mit den Parolen zur Ausschaffungsinitiative: Sollen sie Ja zum Gegenvorschlag sagen oder doch lieber zweimal Nein?

Dass die Initiative der SVP abzulehnen ist – darin ist man sich in Kirchenkreisen ebenso einig wie in den Mitte- und Linksparteien. Wie aber ist der Gegenvorschlag des Bundesrats zu beurteilen? Da kommen aus den christlichen beziehungsweise kirchennahen Organisationen unterschiedliche Empfehlungen: Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) empfiehlt ein Ja zum Gegenvorschlag; dasselbe tun die Evangelische Volkspartei (EVP) und die Christdemokraten (CVP). Demgegenüber raten die römisch-katholische Bischofskonferenz, der christliche Friedensdienst (CFD), das Hilfswerk Heks und sein katholisches Pendant Caritas, beide Vorschläge abzulehnen. Mit ihrer Parole «2xNein» sind sie auf derselben Linie wie die Gewerkschaft Unia, Amnesty International, eine Mehrheit von SP und Grünen sowie diversen Migrantinnenorganisationen.

DAS DILEMMA. Beim Kirchenbund ist der Entscheid zugunsten des Gegenvorschlags aber auch nicht ohne Vorbehalte gefallen. Im Communiqué schreibt der SEK, man habe den Vorschlag des Bundesrats kritisch geprüft und sei nicht in allen Teilen einverstanden: Vorab

die Negativsicht auf die Migration missfällt dem SEK. Weil aber «die Ablehnung der Ausschaffungsinitiative» für den SEK absolute Priorität hat, empfiehlt er, den Gegenvorschlag anzunehmen (vgl. Text unten).

In der Tat ist der Ausgang der Variantenabstimmung mit Initiative, Gegenvorschlag und Stichfrage tückisch: gut möglich, dass beide Vorlagen angenommen werden, am Schluss aber der SVP-Vorschlag obsiegt, weil die Ausschaffungskritiker mit dem doppelten Nein dem Gegenvorschlag Stimmen entziehen. Taktiker in den «2xNein»-Komitees empfehlen deshalb: bei der Stichfrage unbedingt dem Gegenvorschlag den Vorzug zu geben.

DIE PROGNOSEN. Eine Meinungsumfrage der «Sonntagszeitung» hat sechs Wochen vor dem Abstimmungstermin gezeigt: 62 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer würden der Ausschaffungsinitiative zustimmen. Bei der gleichen Umfrage zeigte sich, dass der Gegenvorschlag es schwer hat, weil sein Inhalt noch weitgehend unbekannt



Wann sollen kriminelle Ausländer ausgeschafft werden? Darum gehts bei der Abstimmung am 28. November

ist. Keine Partei mochte sich bisher überzeugend für ihn ins Zeug legen. Auch die Wirtschaftsverbände, bisher immer mit Geld zur Stelle, wenn Abstimmungen EU-Recht tangierten, halten sich zurück. Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler sagte im «Sonntagsblick», die Verhinderung der Ausschaffungsinitiative sei nicht primär die Aufgabe des Wirtschaftsdachverbands, der habe im Übrigen «nur beschränkte Mittel».

DIE UNSICHERHEIT. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag bieten Kritikern Angriffsfläche. Das

Gleiche gilt jedoch auch für das geltende Recht, das, falls beide Vorlagen abgelehnt werden, weiterhin in Kraft bleibt (s. Text rechts). Zu den Zweifeln über die Umsetzbarkeit der Initiative kommen Unklarheiten bezüglich deren Wirkung: Die Initianten sprechen von künftig rund 1500 Ausschaffungen pro Jahr – rund viermal so vielen wie heute also. Die Gegner relativieren: Viele Staaten würden die Ausgeschafften gar nicht aufnehmen. Fakt ist: Niemand weiss genau, welche Konsequenzen der – wie auch immer geartete – Volksentscheid Ende November hat. **RITA JOST**

ABSTIMMUNG

DIE INITIATIVE UND DER GEGENVORSCHLAG

Rund 400 verurteilte Ausländer müssen gegenwärtig pro Jahr die Schweiz verlassen. Zu wenig, findet die SVP. Sie hat darum die «Ausschaffungsinitiative» lanciert, die verlangt, dass Ausländer und Ausländerinnen das Aufenthaltsrecht verlieren, wenn sie wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, aber auch wegen Raub, Menschen- und Drogenhandel sowie Einbruch rechtskräftig verurteilt worden sind, oder wenn sie missbräuchlich Sozialleistungen bezogen haben.

GEGENVORSCHLAG. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab, weil sie bestehende Grundrechte einschränke und im Widerspruch stehe zur Europäischen Menschenrechtskonvention sowie zum Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. Sie unterbreiten dem Volk einen Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass jene Ausländer das Land verlassen müssen, die wegen schwerer Delikte verurteilt wurden, für die mindestens eine Freiheitsstrafe von einem Jahr angedroht wird, oder die eine Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren zu verbüssen haben. Anders als bei der Initiative sind auch Delikte wie Betrug und schwere Körperverletzung erfasst. Gleichzeitig schliesst aber der Vorschlag des Bundesrats einen Integrationsartikel ein, der vorbeugend gegen Kriminalität wirken soll.

GELTENDES RECHT. Nach heute geltendem Recht kann jemand des Landes verwiesen werden: bei einer «längerfristigen Freiheitsstrafe» oder wenn er gegen «die öffentliche Sicherheit und Ordnung» verstösst. Bei kantonalen Gerichten und Behörden wird das Recht unterschiedlich restriktiv angewendet. Verurteilte werden nicht gleich nach dem Urteil ausgewiesen; sie müssen ihre Strafe meist in einer Schweizer Strafanstalt verbüssen. **RJ**



PETER SCHMID, 59 ist Mitglied des Rats (Exekutive) des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK).

Der SEK lehnt die SVP-Ausschaffungsinitiative ab, plädiert aber für ein Ja zum Gegenvorschlag des Bundesrats.

JA ZUM GEGENVORSCHLAG: PETER SCHMID, SEK EINE BESONNERNE ANTWORT IST NÖTIG

Der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK) beschliesst nicht einfach Parolen vor Volksabstimmungen. Seine Beiträge sind als ergänzende Überlegungen gedacht und verweisen auf Aspekte, die bei der Diskussion zu kurz kommen. Deshalb muss die Stellungnahme des SEK stets ganz gelesen werden: Sie ist zugänglich unter: www.sek.ch.

ABLENKUNG. Der SEK hält die seit 2008 geltende Gesetzgebung für ausreichend: Es bestehen wirkungsvolle Instrumente zur Ausweisung, zu Einreiseverboten und zum Widerruf von Aufenthaltsberechtigungen. Die Versuche, die Gesetzgebung zu verschärfen, sind unnötig und lenken von wichtigen Problemen unseres Landes ab. Deshalb lehnt der SEK die Ausschaffungsinitiative ab. Sie verletzt die Grundsätze der Bundesverfassung und des Völkerrechts, weil die Rechtsstaatlichkeit und die Verhältnismässigkeit missachtet werden.

PROBLEM. Es zeichnet sich ein aggressiver Abstimmungskampf ab: Ängste werden bedenkenlos geschürt und heftig Stimmungen aufgeheizt. Besonnene politische Kräfte sahen dies voraus und bemühten sich um einen Gegenvorschlag, der als Instrument gegen die problematische Initiative gedacht ist.

WIRKUNG. Der Kirchenbund weist auf mögliche Folgen der Abstimmungsregeln hin. Wer bei der Stichfrage den Gegenvorschlag «ankreuzt», erzielt nur dann eine Wirkung, wenn der Gegenvorschlag eine mehrheitliche Zustimmung erfährt. Wer für ein doppeltes Nein eintritt, nimmt das Risiko in Kauf, ungewollt die Initiative zu unterstützen. Darauf macht der SEK ausdrücklich aufmerksam. Der Start der Abstimmungskampagne und die Umfragewerte bestätigen im Augenblick die Sorge des SEK-Rates. Dieser hält den Gegenvorschlag für das wirkungsvollste Mittel zur Bekämpfung der Initiative.



UELI LOCHER, 58 ist Direktor des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks).

Das Heks lehnt sowohl die SVP-Ausschaffungsinitiative als auch den Gegenvorschlag des Bundesrats ab.

ZWEIMAL NEIN: UELI LOCHER, HEKS HEUTIGES RECHT GENÜGT VOLLAUF

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz (Heks) empfiehlt die Ausschaffungsinitiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung, weil es beide nicht braucht. Gemäss geltendem Ausländergesetz können Ausländerinnen oder Ausländer, die für Straftaten wie Mord, vorsätzliche Tötung, schwere Körperverletzung oder Vergewaltigung verurteilt wurden, bereits heute des Landes verwiesen werden.

NEGATIVBILD. In der Bundesverfassung sollten Grundsätze des Zusammenlebens verankert sein. Wer darin ausführen will, wann jemand des Landes zu verweisen ist, erweckt den Eindruck, die Ausländerkriminalität sei ein Problem, dem nur mit einem Artikel in der Bundesverfassung beizukommen ist. Damit wird pauschal ein Negativbild der ausländischen Bevölkerung gezeichnet. Das stimmt weder mit der Realität überein, noch ist es dem friedlichen Zusammenleben förderlich.

ALIBI. Die Integrationsbestimmung, mit welcher der Gegenvorschlag schmackhaft gemacht werden soll, ist gut gemeint. Das Heks würde eine griffige Bestimmung zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Bundesverfassung sehr begrüßen. Diese müsste Rechte und Pflichten von Zugezogenen und die Aufgaben von hiesigen Behörden und Institutionen verbindlich festhalten. Aber nicht als Anhängsel und Alibi zu einer Bestimmung über den Landesverweis.

POLEMIK. Etwas mehr Augenmass und eine sachliche Analyse eines – zweifellos vorhandenen – Problems wären hilfreicher als eine von Emotionen geprägte Polemik. Denn vergessen wir eines nicht: Die überwiegende Mehrheit der Ausländerinnen und Ausländer integriert sich nicht nur bestens in der Schweiz, sondern leistet auch wichtige Beiträge zur wirtschaftlichen Prosperität und zur Finanzierung der Sozialwerke in unserem Land.

marktplatz.

INSERATE:
anzeigen@reformiert.info
www.reformiert.info/anzeigen
Tel. 044 268 50 31

Seit 16 Jahren finden Singles ihren Wunschkollegen bei

PRO DUE

Dank seriöser Vorabklärungen kommen Sie mit Leuten in Kontakt, die gut zu Ihnen passen. Machen auch Sie diesen Schritt und verlangen Sie unsere Informationsunterlagen.

ZH 044 362 15 50 www.produe.ch

Tauchen Sie ein in meine Musik
www.a4project.ch

Ein Engagement von Menschen für Menschen mit Herz und Hand

Wir laden ein:

- gemeinsames Leben zu erfahren
- neue Schritte im Glauben zu tun
- berufliche Neuorientierung zu erleben
- und vieles mehr...

Diakonie Nideldbad und ihre überkonfessionelle Lebensgemeinschaft freut sich, Sie kennenzulernen.

Diakonie Nideldbad, Sr. Dora Schuricht
Egggrainweg 3, 8803 Rüslikon
Tel. 079 711 05 79
E-Mail: dora.schuricht@nideldbad.ch
www.nideldbad.ch



Sich verwöhnen lassen. Unsere Wellness-Oase mit Whirlpools, Duft- und Massageduschen, Tepidarium und Sauna bringt Entspannung pur. Die «PhysioArtos» bietet Massagen, Rückengymnastik und vieles andere. Wohltaten, die nachhalten.
Hotel Artos, 3800 Interlaken, T 033 828 88 44, hotel-artos.ch

Besondere Geschenke für Kinder finden?

Kindern begeisternde Kindergottesdienste ermöglichen: Unterstützen Sie den Kind- und Kirche-Verband!



www.kik-verband.ch
PC 84-7050-3, KiK-Verband, Chileweg 1,
8415 Berg am Irchel

Im Kleinen Grosses bewirken

Wir verhelfen
Menschen zu
ihrem Recht.



www.heks.ch
PC 80-1115-1

HEKS

Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz

Tun Sie Ihren Füssen etwas Gutes!

Bestellen Sie jetzt per Telefon
043 311 40 60 oder online unter
www.handglismets.ch

Socken in allen Varianten auch für Kinder, Handschuhe, Pulswärmer, Bettsocken und Arm- und Beinunterlagen.
Eine Initiative der Hängger Bazarfrauen,
Reformierte Kirchgemeinde Zürich-Höngg



Socken für Damen und Herren
aus Schurwolle und Baumwolle
handgestrickt &
in höchster Qualität

Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn

Der Bereich Katechetik unterstützt Kirchgemeinden in ihrer pädagogischen Arbeit. Er bildet Katechetinnen und Katecheten aus, bietet Weiterbildung an und berät Unterrichtende und Behörden. Er stellt Bildungsmedien für Kirche und Schule zur Verfügung.



Wir suchen per 1. April 2011 oder früher

eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter für die Arbeit mit Kindern und Eltern im Vorschulbereich (40 %)

Ihre Kernaufgaben

- Planen und Durchführen von Projekten der kirchlichen Arbeit mit Kindern und ihren Eltern im Vorschulalter und in der KUW-begleitenden Elternarbeit
- Leitung von Kursen, Tagungen, Konferenzen
- Zusammenstellen von Fachliteratur, Verfassen von Arbeitshilfen
- Mitarbeit bei der Ausbildung von Katechetinnen/Katecheten, in der Weiterbildung und in der KiK-Arbeit (Sonntagschule)
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen
- Anlaufstelle der Kirchgemeinden für Familien- und Elternarbeit

Ihr Profil

- Abgeschlossenes Studium (Universität, Fachhochschule, Lehrerseminar) in Theologie und/oder Pädagogik
- Erfahrung in der kirchlichen Vorschularbeit und in der kirchlichen Unterweisung
- Erfahrung in der Erwachsenenbildung und in der Projektentwicklung
- Verbundenheit mit der Landeskirche

Wir bieten Ihnen eine anspruchsvolle Aufgabe mit attraktiven Anstellungsbedingungen. Ein motiviertes Team freut sich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

Ihre schriftliche Bewerbung senden Sie bis **26. November 2010** an den Personaldienst der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Postfach, 3000 Bern 23.

Auskünfte erteilt der Bereichsleiter:

Hans Ulrich Burri, Tel. 031 350 85 85,
hansulrich.burri@refbejuso.ch

Weitere Infos: www.refbejuso.ch

SONNTAG
DER VERFOLGTEN
KIRCHE

Am 14. November 2010

Sonntag der verfolgten Kirche

Christen sind weltweit die
am meisten verfolgten Menschen.
Wir setzen uns für sie ein.

Machen Sie mit!

www.verfolgung.ch
u.a. mit

- Länder-Informationen
- Predigtgedanken
- Power-Point-Präsentation
- **Petition für Religionsfreiheit zum Unterschreiben**

SEA, Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 043 344 72 00, svk@each.ch

SCHWEIZERISCHE
EVANGELISCHE
ALLIANZ

reformiert. zürich

«reformiert.» ist die Mitgliederzeitung der reformierten Kirchen von Zürich, Aargau, Bern-Jura-Solothurn und Graubünden. Die Zeitung erscheint monatlich mit einer Auflage von 720 000 Exemplaren und einer zusätzlichen Zwischennummer im Kanton Zürich mit der Auflagenstärke von 257 000 Exemplaren.

Für die Zürcher Redaktion suchen wir per Februar 2011
(oder nach Vereinbarung)

einen Redaktor/eine Redaktorin (50 %)

Wir wünschen uns:

- Journalistische Ausbildung sowie journalistische und redaktionelle Erfahrung
- Gutes stilsicheres Deutsch
- Kenntnisse kirchlicher Strukturen und Interesse an kirchlichen, religiösen und gesellschaftspolitischen Fragen und Themenstellungen
- Fähigkeit, im Team zu arbeiten – sowohl auf Zürcher wie auf interkantonalen Ebene

Wir bieten:

- Abwechslungsreiches, selbständiges Arbeiten
- Zeitgemässe Entlohnung und Sozialleistungen
- Mitarbeit an einem anspruchsvollen Zeitungsprojekt
- Einen attraktiven Arbeitsort in Zürich (Nähe Hauptbahnhof)

Bei Fragen zu der ausgeschriebenen Stelle wenden Sie sich bitte unter der Telefonnummer 044 268 50 00 an die Zürcher Redaktion. Gerne erwarten wir Ihre schriftlichen Bewerbungsunterlagen mit Arbeitsproben **bis zum 20. November 2010** an die folgende Adresse:

«reformiert.Zürich»

Redaktionsleitung
Jürgen Dittrich
Preyergasse 13
Postfach
8022 Zürich

WIR GLAUBEN AN FAIREN HANDEL.

PC 40-726233-2
www.mission-21.org

mission 21
evangelisches missionswerk basel

DAMALS/ Die Gewinner frohlocken über das Minarettverbot, die Verlierer sind bestürzt

HEUTE/ Die Auswirkungen der Abstimmung und des Minarettverbots auf die Gesellschaft

Wo stehen wir heute?

DIE BILANZ/ Nach dem Minarettverbot haben sich neue politische Kräfte formiert. Zudem wurde die muslimische Gemeinschaft vielfältiger, aber auch polarisierter.

tragene Initiative votiert hatte, sah ihre Felle davonschwimmen und hechtete hektisch hinterher: CVP-Präsident Christoph Darbellay forderte ein Burkaverbot sowie ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und verstieg sich – sogar zur später zurückgenommenen – Forderung, es dürfe künftig keine jüdischen Friedhöfe mehr geben.

Ein Jahr später hat sich die Hektik gelegt, und man kann fragen: Hat das Minarettverbot die Gesellschaft verändert? So viel lässt sich sagen: Es haben sich hüben und drüben, also aufseiten der Gegner und der Befürworter des Minarettverbots, Kräfte formiert, die zuvor so nicht sichtbar waren. Künstler und Kulturschaffende äussern sich stärker als zuvor zu politischen Themen. So etwa der Berner Autor Guy Krneta, dessen Netzwerk «Kunst und Politik» mit Texten Schweizer Schriftsteller zum 1. August aufwartete. Auch die Jugendkultur reagierte: Jugendliche aus verschiedenen Kulturen gründeten den Verein «tuos» für eine offene und tolerante Schweiz, der kulturelle Projekte wie die Filmreihe «Die vielen Gesichter des Islam» lancierte. Die Landhausversammlung rund um alt Bundesrichter Guisep Nay will erreichen, dass keine Initiativen wie die Minarettinitiative mehr vors

Plötzlich war nichts mehr wie zuvor. Am 29. November 2009 wurde die «Initiative gegen den Bau von Minaretten» vom Schweizer Stimmvolk mit 57,5 Prozent angenommen. Weder Politiker noch Politologen, noch Meinungsforscher hatten damit gerechnet, entsprechend gross waren Erstaunen, Irritation und Entsetzen.

BEWEGUNG. Die politische Mitte, die gegen die von der SVP lancierte und der EDU mitge-

Volk kommen, wenn sie elementare Grund- und Menschenrechte verletzen (siehe S. 8). Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurden fünf Beschwerden gegen das Minarettverbot eingereicht. Ob dieses im Hinblick auf das Völkerrecht überhaupt zulässig sei, wird der Gerichtshof entscheiden. Zu zwei der eingegangenen Beschwerden hat er von der Schweiz bereits Stellungnahmen eingeholt.

POLARISIERUNG. Auch die Szene der Minarettgegner hat sich aufgefächert. Mitte Oktober demonstrierten PNOS-Anhänger und Rechtsradikale vor dem islamischen Glaubenszentrum in Langenthal. Das hauptsächlich von der SVP getragene Komitee «Stopp Minarett Langenthal» distanzierte sich. Aber auch die muslimische Szene ist vielfältiger geworden. Früher traten nur die beiden grossen islamischen Dachverbände – die «Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz» (FIDS) und die «Koordination Islamischer Organisationen Schweiz» (KIOS) – an die Öffentlichkeit. Heute stehen im Rampenlicht auch das progressive «Forum für einen fortschrittlichen Islam» und der fundamentalistische «Islamische Zentralrat», der für die Errichtung einer muslimischen Parallelgesellschaft eintritt. Die FIDS hat sich vom Zentralrat klar distanziert. Dieser bereitet der Mehrheit der Muslime laut FIDS-Präsident Hisham Maizar Sorgen: «Die politische Mitte der muslimischen Gemeinschaft wird durch exzentrische Splittergruppen geschwächt.»

EMOTIONALISIERUNG. War die Annahme der Antiminarettinitiative ein historisches Ereignis? Nein, sagt der Zürcher Politologe Michael Hermann. Die SVP fokussiere schon seit den 90er-Jahren auf Ausländerthemen. Es sei zwar bemerkenswert, dass die Initiative Erfolg hatte. Doch spätestens bei einer nächsten SVP-Initiative, die das Stimmvolk ablehne, werde «eine Beruhigung eintreten», meint Hermann. Jedoch ist für ihn klar, dass das Minarettverbot «den gesellschaftlichen Diskurs verändert» hat. «Die islamkritische Haltung wurde legitimiert», so Hermann. Das grösste Problem sei, dass die Politik nach der Abstimmung in «Aktivismus verfallen» sei. «Die Politik versucht, den Wählern nach dem Mund zu reden, und thematisiert hektisch Burka und Kopftuch.» Dies stört auch FIDS-Präsident Maizar. «Eine sachliche Islamdebatte ist zurzeit nicht möglich», sagt er. Er beobachtet, dass sich immer weniger Menschen für den wirklichen Islam interessieren. «In der öffentlichen Debatte geht es nur um Klischees und um Partikularinteressen.» Maizar setzt auf den diplomatischen Weg und korrespondiert etwa mit dem St. Galler Erziehungsdirektor, der in den Schulen das Kopftuch verbieten will. Auf öffentliche Statements zu Burka und Kopftuch verzichtet er. «Das führte nur zu einer Schlammschlacht.»

VERDRÄNGUNG. Während Politologe Hermann glaubt, dass viele Jastimmende «ein Zeichen» hätten setzen wollen und nicht grundsätzlich den Islam ablehnen (er spricht von der Volksabstimmung als einem «Ventil»), ist Georg Kreis überzeugt, dass das Minarettverbot eine «allgemein muslimfeindliche Haltung begünstigt» habe. Diese äussert sich laut dem Vorsitzenden der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus in Blogs und werde von Betroffenen gemeldet. Laut Maizar schadet das Minarettverbot den Muslimen. Berechtigte Anliegen wie die Schaffung muslimischer Grabfelder auf Friedhöfen würden hinausgeschoben, weil «die Stimmung ungünstig» sei.

SABINE SCHÜPBACH ZIEGLER

Interreligiöser Dialog: Wird mehr Klartext geredet?

UNTERSCHIEDE. Das Ja zum Minarettverbot werde sich auf den interreligiösen Dialog zwischen Christen und Muslimen auswirken. So machte es jedenfalls unmittelbar nach der Abstimmung den Anschein. In «reformiert.» sagte Thomas Wipf, Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK): Man müsse künftig nicht nur über die Gemeinsamkeiten, sondern stärker auch über die Verschiedenheiten zwischen den Religionen sprechen, um auf die Ängste vieler Menschen vor dem Fremden besser eingehen zu können. «Es gibt kulturelle und theologische Unterschiede zwischen den Religionsgemeinschaften, die wir nicht kleinreden dürfen», so Wipf.

SCHWIERIGKEITEN. Werden diese Unterschiede im Schweizerischen Rat der Religionen (Swiss Council of Religions, SCR) heute stärker thematisiert als vor der Abstimmung? Der Rat vereint Vertreter der drei Landeskirchen, der jüdischen Gemeinschaft und

islamischen Organisationen und ist ein Ort des religionspolitischen Dialogs in der Schweiz. Nein, sagt der Ratsvorsitzende Thomas Wipf – der auch Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds ist –, man rede nicht anders miteinander. Er habe schon immer die Haltung vertreten, Transparenz und Offenheit seien zwischen den Religionsgemeinschaften unverzichtbar. «Wir sind im Rat immer noch auf der Suche nach den Konsequenzen aus der Abstimmung», sagt er. Konkrete neue Projekte gebe es nicht. Was die Debatten im SCR präge, sei die schwierige Situation der muslimischen Vertreter, die sich mit neu entstandenen radikalen islamischen Gruppierungen konfrontiert sehen. Dies bestätigt Hisham Maizar, Präsident der Föderation islamischer Dachverbände in der Schweiz (FIDS) und einer der muslimischen Vertreter im Rat (s. Artikel oben). Er ortet nach dem Ja zum Minarettverbot allerdings auch eine «Wende» im SCR: «Vor der Abstimmung wurden die Muslime im Rat für ihre beson-

nere Zurückhaltung im Wahlkampf gelobt. Nach der Abstimmung wurde kritisiert, wir hätten uns mehr äussern müssen und sollten das auch in Zukunft tun.»

REAKTIONEN. Mit einem klaren Nein zum Minarettverbot war der 2006 gegründete SCR im Herbst 2009 erstmals mit einer gemeinsamen Stellungnahme an die Öffentlichkeit getreten. Dass dies ein starkes Zeichen war, spürte Thomas Wipf kürzlich auf einer SEK-Reise nach Libanon, Syrien, Jordanien und Israel/Palästina. Die klare Haltung des SCR, des SEK und der Landeskirchen sei bei Politikern und Religionsvertretern in Nahost stark wahrgenommen worden, berichtet Wipf. In den Gesprächen sei aber auch klar geworden, dass das Ja zur Initiative den Christen in Nahost erheblich schaden könne. Im Ganzen seien die Reaktionen seiner Gesprächspartner moderat gewesen, doch ein weiteres Zeichen dieser Art könnte die Situation der Christen verschlimmern, ist Wipf überzeugt. **SAS**

Was hat sich verändert?

DIE FOLGEN/ Nach dem Minarettverbot sorgten sich viele um den gesellschaftlichen Frieden. Aber was ist – ein Jahr danach – wirklich anders? «reformiert.» befragte Persönlichkeiten aus Politik, Religion, Journalismus, Schule und Recht.

DER KOPRÄSIDENT DES INITIATIVKOMITEES

Hat die Initiative Probleme gelöst, Herr Schlüer?

«Das Resultat hat Klarheit darüber geschaffen, dass die Bevölkerung keine Islamisierung der Schweiz will. Und es war zudem eine Absage an den Versuch, hier Scharia-Recht zu schaffen», sagt Ulrich Schlüer, SVP-Nationalrat und vor einem Jahr Kopräsident des Initiativkomitees zur Minarettabstimmung. Er sitzt in seinem Büro in Flaach, einem idyllischen Dorf im Zürcher Weinland, und sucht Antworten auf die Frage, wo das Land – ein Jahr nach der Minarettabstimmung – steht.

An der Wand des Büros hängt eine Hellebarde, an der Tür ein Drachen aus Gusseisen, dessen geöffnetes Maul Feuer speit. Auf seinem Schreibtisch ein kleiner Wimpel mit dem Wahlspruch der Generalstabsschule der Schweizer Armee: «Labor omnia vincit improbus» steht darauf: Alles besiegt unablässiger Fleiss. Diese Gegenstände, die Geschenke sind, könnten als Sinnbilder für Ulrich Schlüer stehen, der bei seinen Parteifreunden als gewiefter Verteidiger bürgerlicher Positionen gilt, sich jedoch von politischen Gegnern bisweilen giftige Bemerkungen gefallen lassen muss, wie die, er sei ein SVP-Taliban.

BERUHIGUNG. Schlüers Ausführungen sind freundlich und moderat im Ton, aber klar in der Sache. Die Bevölkerung habe vor der Abstimmung die Probleme realisiert, die sich ergeben, wenn islamische Strömungen in der Schweiz stärker würden: muslimische Mädchen, die nicht mit auf die Schulreise, ins Klassenlager oder in den Schwimmunterricht gehen dürfen; Zwangsehen von Frauen; Gewalt, die Junge im Ausgang erleben.

Durch das Resultat der Abstimmung sei eine Beruhigung eingetreten. Die Menschen hätten festgestellt: Die Situation ist klar, die verantwortlichen Stellen wüssten, was sie zu tun hätten.

Noch einmal nachgefragt: «Was hat sich konkret verändert seit letztem November?» Ulrich Schlüer: «Mit dem Ja zur Initiative hat sich die Gesellschaft insofern verändert, als aufgrund des Ergebnisses viele Leute jetzt sagen: Wir müssen uns mit unserer Meinung nicht mehr verstecken. Wir können offen und ehrlich sagen, was wir meinen.»

VERHÄRTUNG. Aber es sei noch etwas Weiteres passiert – nämlich eine Verhärtung in der poli-

tischen Debatte: «Mit uns, den Vertretern des Initiativkomitees, sprechen offizielle Stellen nicht.» Verhärtungen aufseiten des Initiativkomitees hingegen stellt er nicht fest: «Wir reden mit allen und verweigern das Gespräch nicht.» Der Ball liegt laut Ulrich Schlüer jetzt jedenfalls beim Bundesrat. Dieser müsse umsetzen, was das Volk letztes Jahr beschlossen habe. Doch genau hier sieht er das Problem: dass der Bundesrat seinen Auftrag, den er durch die Annahme der Initiative vom Volk erhalten hat, nicht befolge: «Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Landesregierung dieses Ergebnis korrigieren will – und das werden wir nicht hinnehmen.»

KAMPF. Mit dem Islam hat Nationalrat Ulrich Schlüer eines seiner persönlichen Hauptthemen gefunden. Und in der wuchtigen Annahme des Minarettverbots eine Bestätigung seiner Überzeugung. Aber der Kampf geht weiter. Gegenwärtig erarbeitet Schlüer mit dem Komitee der Volksinitiative ein «Manifest gegen die Islamisierung», das festlegt, was der Rechtsordnung in der Schweiz widerspricht. «Wir respektieren den Islam – jedoch nicht die Islamisierung, die auf unsere Rechtsordnung zielt», stellt er abschliessend fest. **JÜRGEN DITTRICH**

«Die Bevölkerung will keine Islamisierung der Schweiz. Und auch kein Scharia-Recht.»

ULRICH SCHLÜER



BILD: CHRISTINE BARLÖCHER

ULRICH SCHLÜER, 66

ist SVP-Natioanalrat aus Flaach. Vor einem Jahr war er Kopräsident des Initiativkomitees zur Minarettabstimmung. Gegenwärtig erarbeitet er mit anderen ein «Manifest gegen die Islamisierung» der Schweiz.

DIE MUSLIMISCHE AUTORIN

Was hat die Initiative bei Ihnen bewirkt, Frau El-Sonbati?

Jasmin El-Sonbati hat ein verrücktes Jahr hinter sich: Im Herbst 2009 – vor der Minarettabstimmung – hatte sie ihre Stelle als Lehrerin an einem Basler Gymnasium für ein Jahr aufgegeben und einen Bildungsurlaub in ihrer Heimatstadt Kairo angetreten. Es sollte «eine Art Identitätsuche» werden. Das ist es geworden. Mehr als die Muslimin es sich je hätte denken können.

DAS DILEMMA. «Ich bin heute eine andere» sagt die Fünfzigjährige, die 1971 in die Schweiz kam, hier studierte und bisher ihre religiöse Identität nicht als «traumatische Schicksalsgeschichte» empfand. «Ich bin eine Secunda», sagte sie früher, «Tochter eines muslimisch-ägyptischen Vaters und einer katholisch-österreichischen Mutter», hineingeboren in zwei kontrastierende Welten. Mehr nicht. Am Abend des 29. Novembers 2009 wurde ihr schmerzlich bewusst, dass ihre Zerrissenheit



BILD: ALEXANDER EGGER

JASMIN EL-SONBATI, 50

Die Basler Gymnasiallehrerin ist als Tochter einer Österreicherin und eines Ägypters in der Schweiz aufgewachsen. Ihre frühe Kindheit verbrachte sie in Kairo. Dort war sie auch, als sie am 29. November 2009 das Abstimmungsresultat vernahm.

grösser ist. Eine Schweizer Freundin hatte ihr per SMS vom «Minarettverbot» in der Schweiz berichtet. «Ich war zunächst einmal einfach schockiert», erinnert sich El-Sonbati, «meine Welt fiel auseinander.» Und das Verrückteste: Nun musste sie als politisch hundertprozentig überzeugte Demokratinnen ihren entsetzten ägypt-

«Ja, man interessiert sich jetzt für uns. Schade nur, dass dies nicht vor der Abstimmung passiert ist!»

JASMIN EL-SONBATI

DER BISCHOF VON ARABIEN

Spricht man in Arabien noch über die Initiative, Bischof Hinder?

Vor einem Jahr wäre Paul Hinder, Bischof von Arabien und gebürtiger Thurgauer, froh gewesen, die Schweiz hätte anders gestimmt. «Dann hätte ich hier in Abu Dhabi sagen können: Schaut her, mein Heimatland bejaht eine offene Gesellschaft – nehmt euch ein Beispiel.» Das mit dem Beispiel hat nicht geklappt. Dennoch ist der Geistliche – der seit fünf Jahren für die zweieinhalb Millionen Katholiken im weltgrössten Bistum zuständig ist und in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate, lebt – zuversichtlich: «Aus dieser Abstimmung soll man keinen Weltuntergang konstruieren.» Die Wertschätzung der Schweiz sei im arabischen Raum nach wie vor gross, was auch daran liege, dass die diplomatischen Vertretungen im Nachgang der Abstimmung gute Aufklärungsarbeit geleistet hätten.

REAKTION. Direkte Reaktionen auf die Abstimmung hin bekam Hinder vor einem Jahr nicht zu spüren. «Und wenn ich Anfragen bekommen hätte, hätte ich sie leicht mit dem Hinweis auf die Situation der Christen hier im arabischen Raum parieren können», erklärt Hinder, der dem Orden der Kapuziner angehört, gelassen. Geht er im Ordensgewand durch die Strassen seines Wohnorts, fühlt er sich jedenfalls «so sicher wie an der Zürcher Bahnhofstrasse». Im Übrigen sei er während seiner Zeit im arabischen Raum nur einmal während einer Messe tätlich angegriffen worden – von einem Christen.

«Muslime haben ein Recht darauf, zu wissen, ob sie in westlichen Ländern als vollwertige Bürger angenommen oder eben nur toleriert sind.»

PAUL HINDER

**PAUL HINDER, 68**

ist seit 2005 Bischof von Arabien. Der Thurgauer steht der katholischen Kirche in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, Bahrain, Oman, Jemen und Saudi-Arabien vor und ist dort zuständig für insgesamt zweieinhalb Millionen Katholiken.

DISKUSSION. Dass man – ein Jahr danach – im arabischen Raum noch von der Minarettabstimmung redet, bezweifelt Paul Hinder: «Ich habe den Eindruck, dass dieses Thema durch andere Vorgänge in europäischen Ländern überlagert oder verdrängt wird.» Da Araber aber ein sehr gutes Gedächtnis hätten, würde es den Geistlichen nicht überraschen, wenn die Thematik aus gegebenem Anlass plötzlich wieder aufgefrischt würde. Blickt der weit gereiste Bischof in die Zukunft, glaubt er nicht an eine Verschärfung des Verhältnisses zwischen Christen und Muslimen: «Wenn schon, handelt es sich eher um ein Problem zwischen europäisch-amerikanischer Moderne und dem Islam.»

INFORMATION. Allerdings, gibt Hinder zu, setzten Muslime den Westen sehr oft mit dem Christentum gleich. Deshalb legt er Wert auf Information und Aufklärung: «Wichtig ist, dass man ernsthafte Fragen an die jeweils andere Seite nicht vorschnell unter den Teppich kehrt». Schliesslich sollten westliche Demokraten fragen dürfen, wie Muslime es mit der Erklärung der Menschenrechte und den demokratischen Verfassungen halten. «Und umgekehrt», so Hinder, «haben Muslime ein Recht darauf, zu wissen, ob sie in westlichen Ländern als vollwertige Bürger angenommen oder eben nur toleriert sind.»

KRITIK. Die Einstellung des gebürtigen Schweizlers zu seiner Heimat hat sich durch die Abstimmung jedenfalls nicht geändert. «Allerdings», ergänzt er, «verfolge ich als Schweizer Bürger die Verrohung der politischen Sitten mit einer gewissen Sorge. Ich denke hier etwa an fragwürdige Plakataktionen der SVP. Und ich habe Mühe mit Politikern, die opportunistisch sachorientierte Lösungen blockieren und der echten oder vermeintlichen Wählergunst Priorität geben.» Als fremdenfeindlich nehme man die Schweiz in den arabischen Ländern aber keinesfalls wahr. «Sie geniessen einen guten Ruf, zumindest in den Vereinigten Arabischen Emiraten», betont Paul Hinder. Nach wie vor gelte die Schweiz als weltoffenes Land. Und daran – so ergänzt er – habe sich auch in den letzten zwölf Monaten nichts Grundlegendes geändert.

ANNEGRET RUOFF

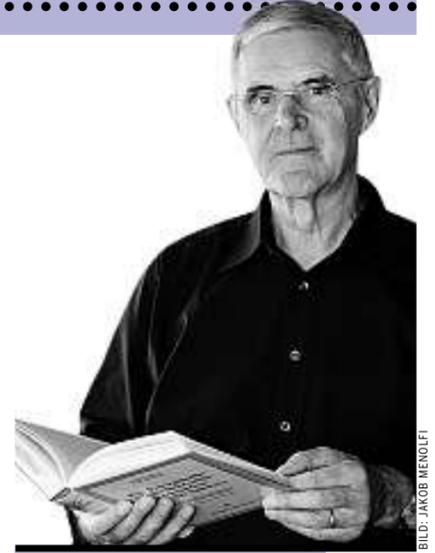
DER EHEMALIGE BUNDESRICHTER

Ist die Demokratie jetzt in Gefahr, Herr Nay?

Giusep Nay steht auf dem Balkon seines Chalets, hoch über dem Dorf Valbella. Die Sicht ist klar an diesem Herbstmorgen. «Dort hinten sieht man die Bergeller Berge; den Monte della Disgrazia hab ich mir auch schon von nahem angesehen», erzählt er. Seit vier Jahren ist alt Bundesgerichtspräsident Giusep Nay im Ruhestand. Zur Ruhe hat er sich aber noch nicht gesetzt. Denn im Gegensatz zur Aussicht von seinem Balkon sieht Nay dunkle Wolken über der demokratischen Landschaft Schweiz aufziehen.

Überrascht war Giusep Nay nicht, als die Schweizer Bevölkerung vor einem Jahr die Minarettinitiative annahm. In den letzten Jahren habe die Bereitschaft von Politikern, menschenrechtswidrige Vorlagen zu verhindern, stark abgenommen. Seiner Meinung nach haben auch Journalisten ihre Rolle als Vermittler des Rechtsstaats ungenügend wahrgenommen. «Das Recht muss demokratisch legitimiert, also vom Volk angenommen sein. Aber ebenso müssen demokratische Entscheidungen die Grund- und Menschenrechte unserer Bundesverfassung respektieren», erklärt Nay. Sonst werde das Volk in die Irre geführt, wie im Falle der Minarettinitiative: Diese könne letztlich nicht umgesetzt werden – weil sie gegen die Religionsfreiheit verstosse (verankert in der Schweizer Bundesverfassung) und damit gegen elementares Grund- und Menschenrecht.

IRRTUM. Giusep Nay wehrt sich gegen den Missbrauch der Demokratie durch nicht umsetzbare Initiativen. Er ist Mitverfasser zahlreicher Grundlagenpapiere zur Stärkung des Rechtsstaats und Mitinitiant der Landhausversammlung, die kurz nach dem Minarettverbot gegründet wurde. Ziel der rund hundert Personen und über zwanzig Organisationen zählenden Versammlung (benannt nach dem traditionsreichen Landhaus in Solothurn) ist es, Forderungen in der Bundesverfassung zu verankern, wonach Initiativen, die Menschenrechte verletzen, nicht mehr zur Abstimmung gelangen können. Nay ist ausserdem Präsident der Gesellschaft für Minderheiten, wo er sich unter anderem für die Schaffung von Grabfeldern für Muslime auf Friedhöfen einsetzt. Der Dialog mit den Gemeindevertretern wurde mit dem Minarettverbot schwieriger. Das Projekt geriet ins Stocken. Gemäss Nay hat das Minarettverbot etwas aufgezeigt, was schon lange in der Schweiz unreflektiert zelebriert wurde: die Mythologisierung der Demokratie. «Es ist

**GIUSEP NAY, 68**

amtete in Chur als Bezirksrichter und Sekretär der katholischen Landeskirche. Von 1989 bis 2006 war er Bundesrichter. Nay war der erste romanischsprachige Bundesgerichtspräsident. Verfassungsrecht ist sein Hauptgebiet.

«Die Religionsfreiheit ist zum Schutz der Minderheiten da – und nicht zu deren Einschränkung.»

GIUSEP NAY

ein Irrtum, anzunehmen, dass die Volksmehrheit immer Recht hat, selbst wenn sie Unrecht schafft. Das darf es in einem Rechtsstaat nicht geben.» Die Demokratie sei gefährdet, wenn nicht durch strengere Beurteilungen hinsichtlich der Ungültigkeit von Volksinitiativen Barrieren aufgebaut werden.

MEINUNG. Was in der Politik früher selbstverständlich gewesen sei – den Rechtsstaat zu respektieren –, kümmere gewisse Politiker heute wenig. Manche würden sich sogar gegen das Non-Refoulement-Prinzip, einen Grundsatz des Völkerrechts, wenden. Das heisst: Menschen auszuweisen, selbst wenn ihnen der Tod droht. So geschehen mit der Ausschaffungsinitiative. «Sie hätte nie zur Abstimmung kommen dürfen.»

Warum werden solche Initiativen gutgeheissen? «Weil sich Politiker immer mehr nach der veröffentlichten – nicht der öffentlichen – Meinung richten», so Nay. Politiker müssten eigene Meinungen vertreten und damit die öffentliche Meinung bilden, statt sich auf die angebliche Volksmeinung zu stützen.

Sonst münde die Politik in Populismus und Absolutismus. «Und Könige», lächelt Nay, «hatten wir Bündner halt nie.» Damit dies nicht nur im Bündnerland so bleibt, dafür setzt er sich ein. Positives kann Nay dem Minarettverbot dennoch abgewinnen: Endlich finde eine öffentliche Diskussion über Menschenrechte und Rechtsstaat statt. Sie führte zum Urteil von Bad Ragaz, gegen das Kopftuchverbot für eine Schülerin in der Schule.

«Die Religionsfreiheit ist schliesslich zum Schutz der Minderheiten da und nicht zu deren Einschränkung.»

RITA GIANELLI

marktplatz.

INSERTATE:
anzeigen@reformiert.info
www.reformiert.info/anzeigen
Tel. 044 268 50 31



Unterwegs zum Du

für Partnersuchende • erfolgreich seit 1938
Mitgetragen von den ref. Kirchen BE/JU/SO
Verena Calame
www.zum-du.ch
031 312 90 91

www.badmintonkurse.ch

... mit dem Federball zum Badminton
Gruppen-Kurse für Teilnehmer/innen
von 18 bis 80 Jahre
Telefon 078 658 92 40 oder
info@badmintonkurse.ch

**Wir können aus
Wasser keinen Wein machen.**
Aber aus Anzeigen Werbeerfolg!

reformiert.

Buchen Sie Ihre Anzeige in «reformiert.» am besten noch heute
und profitieren Sie von attraktiven Preisen und einer beglaubigten
Auflage von 716 000 Exemplaren in den Kantonen Aargau, Bern,
Graubünden und Zürich. «reformiert.» erscheint monatlich
(im Kanton Zürich 14-tägig) und wird per Post zugestellt.

www.reformiert.info

Rufen Sie uns am besten gleich an und informieren
Sie sich auch über unsere günstigen Beilagepreise.

Wir freuen uns auf Sie unter Telefon 044 268 50 30,
per Fax 044 268 50 09 oder E-Mail anzeigen@reformiert.info



Die Hatt-Bucher-Stiftung, die sich im Altersbereich engagiert, lädt alle Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehörigen zu einem speziellen Konzert in die Zürcher Fraumünster-Kirche ein – wie jedes Jahr im November.

Einladung der Hatt-Bucher-Stiftung

Konzert mit dem Concilium musicum Wien

Mittwoch, 10. November 2010
17 Uhr im Fraumünster

In diesem Jahr spielt das Concilium musicum Wien für Sie. Das weltweit konzertierende Ensemble bringt unter dem Titel «Wiener Klassik» Werke von Wolfgang Amadé Mozart, Joseph Haydn und Franz Schubert auf originalen Instrumenten aus dem 18. Jahrhundert im typischen Wiener Klangstil zu Gehör. Das Ensemble wird von Christoph Angerer geleitet.

Der Eintritt ist frei.
Das Konzert dauert eine gute Stunde.

Türöffnung ist um 16 Uhr.
Wenn alle Sitzplätze besetzt sind,
ist kein Einlass mehr.

Der Stiftungsrat der Hatt-Bucher-Stiftung freut sich, wenn Sie kommen!



Hatt-Bucher-Stiftung

www.hatt-bucher-stiftung.ch

SCHENKEN SIE Ihrer Freundin 20 Hühner.

Und
helfen Sie
damit armen
Bäuerinnen
in Indien.

www.hilfe-schenken.ch

Geschenke von HEKS kommen doppelt an. Als Urkunde
bei Ihren Liebsten und handfest bei Menschen in Not.

HEKS

Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz

ADVICO YOUNG & RUBICAM

Reformationskollekte 2010

Sonntag 7. November

Aufruf zur
Reformationskollekte
Protestantische Solidarität
Schweiz



Pfarrer Dr. Franz Christ

Der Aufbau evangelisch-reformierter Gemeinden in einer konfessionell römisch-katholisch dominierten Umgebung war einmal das ausschliessliche Ziel der Reformationskollekte. Das hat sich geändert. Wieder bitten wir um ein deutliches Zeichen protestantischer Solidarität für eine Gemeinde in einem traditionell reformierten Kanton. Die Gemeinde Grosstal lebt nicht in konfessioneller Diaspora. Sie ist aber weit zerstreut im hintern Glarnerthal. Vor ein paar Jahren schlossen sich kleinere Dörfer kirchlich zusammen, um ihre Kräfte zu bündeln. Nun helfen wir der Kirchgemeinde Grosstal indem wir sowohl die Ausgestaltung des ehemaligen Pfarrhauses Betschwanden zum zentral gelegenen Gemeindezentrum als auch die Erneuerung des Dachs der ehrwürdigen Kirche Linthal mitfinanzieren. Nach dem 1. Petrusbrief waren die Christen am Anfang «Fremdlinge, die in der Diaspora leben». Viele sind es heute mitten in einer weithin entkirchlichten Umwelt wieder. Darum leisten wir innerhalb der Schweiz unsere zwischenkirchliche Hilfe. Ich sage allen, die dazu beitragen, herzlichen Dank.

Pfr. Dr. Franz Christ, Präsident



Pfarrer Johann Georg Hasler

Einen Fünftel der Reformationskollekte verwendet die **Schweizerische Reformationsstiftung** zur Unterstützung von verschiedenen Projekten reformierter Präsenz in Literatur und Öffentlichkeit. So hat sie zum Beispiel Beiträge geleistet an die viersprachige Internetpublikation www.Calvin09.org, an die Geschichte der evangelischen Frauenbewegung und der Diakonissenschaft Saint-Loup, an Kurt Martis gesamte «Notizen und Details» zu vier Jahrzehnten Zeitgeschichte, an reformierte Theateraufführungen in der Romandie und im Tessin und an die Zeitschrift «Schritte ins Offene». Und mit der neuen Übersetzung der Spätschriften des Alten Testaments wird die Zürcher Bibelübersetzung vervollständigt werden. Ich danke Ihnen herzlich dafür, dass Sie mithelfen, dass die reformierte Stimme zur Besinnung, Orientierung und Ermutigung in den Medien unserer Zeit ertönen kann.

Pfr. Johann Georg Hasler
Präsident des Stiftungsrates

www.refond.ch



«Raum für Menschen» Ein Doppelprojekt der Kirchgemeinde Grosstal im Kanton Glarus



Kirchgemeinde Grosstal

Am 1. Januar 2006 schlossen sich die Kirchgemeinden Grosstal, Luchsingen, Betschwanden, Linthal und Braunwald zu einer einzigen Kirchgemeinde zusammen. In acht Dörfern leben heute 1460 evangelisch-reformierte Gemeindeglieder. Die neue Gemeinde ist dynamisch, muss aber ihre Gebäude den neuen Verhältnissen anpassen. Das vermag sie allein aus ihren

eigenen Ressourcen nicht. Die Finanzsituation der Glarner reformierten Kirche ist angespannt. Auch der kantonal-kirchliche Finanzausgleich kann diese Lage nicht entschärfen. Heute können zwar die Betriebskosten gedeckt werden. Für die dringlich notwendigen Renovationsprojekte fehlen aber die Mittel.

Ehemaliges Pfarrhaus in Betschwanden wird Kirchgemeindezentrum

Im Erdgeschoss des ehemaligen Pfarrhauses gibt es einen Saal für Veranstaltungen, eine Küche und Büroräumlichkeiten. Im Keller kann gebastelt und gespielt werden. Der Dachstock bietet viel Platz für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie Raum für das Archiv der Kirchgemeinde. Im Obergeschoss befindet sich eine grosszügige Wohnung.

Betschwanden liegt geographisch ziemlich in der Mitte der acht Dörfer und ist dank seiner Lage direkt beim Bahnhof und unmittelbar an der Kantons-hauptstrasse gut erreichbar. Die Liegenschaft steht unter Denkmalschutz und muss renoviert werden: Erneuerung von Fassade und Dach, Auffrischung des Eingangsbereichs, Einrichtung einer neuen Heizung, Vergrößerung des Windfangs im Saal, Sanierung des Zugangs von den Parkplätzen zum Zentrum.

Raum für Menschen

Der Saal bietet Raum für die Erteilung eines Teils des Religionsunterrichts, für Gottesdienste, gefeiert im

kleineren und gemütlichen Rahmen (Weltgebetstag u.a.), für Versammlungen der Kirchgemeinde und anderer Organisationen, für Seniorentreffen, für Apéros und Sitzungen, für Suppentage, «Chilezmorgä», für eine Kaffeestube im Zusammenhang mit verschiedenen Anlässen, für gemeinsame, in der hauseigenen Küche vorbereitete Essen. Im Sekretariat gibt es auch Platz für Teamsitzungen und für die Seelsorge. Im Zentrum findet die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen statt. Dienstleistungen wie Kerzenziehen werden für die ganze Bevölkerung im Kirchenzentrum angeboten. Alle Räumlichkeiten des Kirchenzentrums stehen anderen christlichen Kirchen kostenlos zur Verfügung.

Kirche Linthal: eine Renovation wird nötig

Die reformierte Kirche Linthal wurde 1772 erbaut, 1982 letztmals restauriert und unter den Schutz der Eidgenossenschaft und des Kantons gestellt. Das Kirchenschiff bietet mit seinen 250 Sitzplätzen Raum für verschiedene Arten von Gottesdiensten sowie für grosse und kleine Konzerte. Auf der Empore gibt es eine Orgel aus den Achtzigerjahren. Im Kirchenraum steht ein zweites, historisch seltenes und wertvolles Instrument zur Verfügung.

Die Kirche Linthal bedarf dringend einer Renovation: Erneuerung des Eternitdachs, Einziehen eines Unterdachs, Beheben der grossen Witterungsschäden an der Fassade, neuer Anstrich des Kirchengebäudes.

Reformationskollekte 2010
Herzlichen Dank für Ihre Gabe!

Protestantische Solidarität Schweiz 4000 Basel
Konto 40-27467-8

Finanzierungsplan

Gesamtkosten	1'400'000 CHF
Betschwanden	850'000 CHF
Kirche Linthal	550'000 CHF
Finanzierung	
Baufonds der Kantonalkirche	150'000 CHF
Eigenmittel / Denkmalpflege	590'000 CHF
Reformationskollekte geschätzt	300'000 CHF
Vorfinanzierung durch Kantonalkirche	360'000 CHF

Weitere Informationen unter www.soliprot.ch

Protestantische Solidarität Schweiz
4000 Basel
Konto 40-27467-8
Spenden online: www.soliprot.ch

oder online spenden: www.soliprot.ch

AGENDA

BESONDERE GOTTESDIENSTE

Erntedankgottesdienst. Aufführung von und mit Peter Roth, Toggenburg (Hackbrett). Predigt: Christoph Sigrist. **31. Oktober**, 10 Uhr, Grossmünster, Zürich.

Ökumenische Abendmeditation. 3./17. November, 20 Uhr, alte Kirche Zürich-Witikon.

Gottesdienst für Lesben, Schwule und andere. Feier am **7. November**, 18.15 Uhr, Kapelle des Kulturhauses Helferei, Kirchgasse 13, Zürich.

Politischer Abendgottesdienst. Thema: «Die Würde der Arbeitenden zurückerobern». Mit Peter Oberholzer, St. Gallen, Kämpfer gegen die Sonntagsarbeit. **12. November**, 18.30 Uhr, Kulturhaus Helferei, Kirchgasse 13, Zürich.

TREFFPUNKT

Händeaufflegen. In der reformierten Kirche Dürnten. **8. November**, 16 – 19 Uhr. Auskunft: K. Mohn, 055 240 8385.

Paradise Now (Hany Abu-Assad, 2005). Filmabend des Zentrums für Religion, Wirtschaft und Politik. Mit anschliessender Diskussion **8. November**, 18.15 – 21 Uhr, Theolog. Fakultät, Raum 200, Kirchgasse 9, Zürich.

Sumaya Farhat Naser. Aus Anlass der «Friedenszeit» lädt die Ökumene-Gruppe Bülach zu einer Feier ein. Prominenter Gast ist die palästinensische Friedensfrau Sumaya Farhat Naser. Sie informiert über ihre Schulungstätigkeit in gewaltfreier Kommunikation. **12. November**, 19.30 Uhr, ref. Kirche Bülach.

«Auslaufmodell Generationensolidarität?». Veranstaltung des Ev. Frauenbundes Zürich (EFZ). Referentin: Barbara Schmid-Federer. **13. November**, 14 – 16 Uhr, Oase, Brahmstrasse 32, Zürich. Info/Anmeldung: 044 405 73 30, geschaeftsstelle@vefz.ch

BOLDERN

Das Hohe Lied der Liebe. Leitung: Friedel Kloke-Eibl, Saskia Kloke. **21. – 26. November.**

Verwandlungen. Meditation des Tanzes mit Friedel Kloke-Eibl. **26. – 28. November.**

Tagungszentrum Bolderen, 8708 Männedorf. Info/Anm.: 044 921 71 71, www.boldern.ch

KLOSTER KAPPEL

Selbstfürsorge und Selbstachtung. Ja sagen zu sich selber. Leitung: Monika Steinmann Dubs. **12. – 14. November.**

... damit das Leben wieder blüht. Gemeinsame Tage zum Ewigkeitssonntag. Mit Ruth Schmocker-Buff, Claudia Martin-Fiori. **18. – 20. November.**

Kloster Kappel, 8926 Kappel a. A. Info/Anmeldung: 044 764 88 30, www.kursekappel.ch

TIPP



Ein neues Antlitz

VORTRAGSREIHE/ «Unsere Welt neu träumen»: Dr. Christoph Quarch, Philosoph, Theologe und Autor; Musik: Christian Döhning. «Unsere Welt neu schauen»: Maria Cambra Skadé, Künstlerin und Erforscherin von Kunst als Sprache des Heilens. «Unsere Welt neu erfahren»: Dr. med. Walter Böhny, Psychotherapeut. «Unsere Welt neu gestalten»: Monika Stocker, Politikerin, ehemalige Sozialvorsteherin der Stadt Zürich. Musik: Christian Döhning.

Am 4., 11., 18. und 25. November, jeweils um 9.30 Uhr im Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstrasse 36, 8006 Zürich. Bildung und Begegnung in der dritten Lebensphase. Ein Angebot der Kirchgemeinden zu Predigern und Liebfrauen im Auftrag der Altstadtkirchen.

KURSE/SEMINARE

Religion und Wahrheit. Reihe des ökumen. Forums Enge. **2. November**, 19.30 Uhr: «Ist Religion wahr? – Ein Blick in die Seele». Mit B. Boothe, Psychoanalytikerin. Ref. Kirchgemeindehaus, Bederstrasse 25, Zürich. **11. November**, 19.30 Uhr: «Ist Wahrheit religiös? – Ein Blick in den Himmel». Mit A. Benz, Astrophysiker. Saal Dreikönigen, Schulhausstr. 22, Zürich.

«Keiner ist weise, der nicht das Dunkel kennt.» Impulse aus der Tradition der vor- und frühchristlichen Kelten. Mit Angela Römer, Elizabeth Zollinger. **5. – 7. November**, Abbaye de Fontaine-André, Neuenburg. Info/Anmeldung: 032 753 25 90, www.fontaine-andre.ch

Klug entscheiden. Wege zur ganzheitlichen Entscheidungsfindung. Kursleitung: Margret Surdmann. **18./25. November, 2. Dezember**, jeweils 9 – 12 Uhr, Haus am Lindentor, Hirschengraben 7, Zürich. Info/Anmeldung: 044 258 92 56, freiwilligenarbeit@zh.ref.ch

KULTUR

Engadiner Kantorei. Geistliche Chormusik a capella (u.a. von Schütz, Pachelbel, Bach, Mendelssohn). Leitung: S. Albrecht, J. Günther. **31. Oktober**, 17.00 Uhr, Stadtkirche Winterthur.

Orgelkonzert am Reformationssonntag. Bruno Reich mit Meisterwerken von J. S. Bach und Max Reger. **7. November**, 17 Uhr, reformierte Kirche Zürich-Oerlikon, Oerlikonerstr. 99.

Orgel-Wunschkonzert. Christian Gautschi spielt, was gefällt. **7. November**, 17 Uhr, reformierte Kirche Buchberg-Rüdlingen.

Order My Steps. Gospels, Spirituals und Jazz mit dem Gospelchor Dübendorf. Leitung: Ueli Vollenweider. **12. November**, 20 Uhr, Fraumünsterkirche Zürich. **27. November**, 20 Uhr, reformierte Kirche Effretikon. Vorverkauf für beide Konzerte: 079 694 61 61.

The Promise of Christmas. Konzert mit dem Kirchenchor Rütli und dem Singkreis Wetzikon. **13. November**, 19 Uhr, ref. Kirche Rütli ZH. **14. November**, 17 Uhr, ref. Kirche Gossau ZH. Vorverkauf Rütli (ab 1. Nov.): 055 260 22 22. Vorverkauf Gossau (ab 2. Nov.): 043 497 09 07. Abendkasse eine Stunde vor Konzertbeginn.

Mozart, Haydn, Hummel. Chorkonzert mit dem Singkreis Egg und dem Orchester Ars Classica. Leitung: Ernst Buscagne. **14. November**, 17.15 Uhr, ref. Kirche Egg ZH, Vorverkauf Hans Kurer: 044 929 25 64.

Baumwolle – weltweit. Eine Geschichte über die Globalisierung. Reportage in Bild (Hans Peter Jost, Fotograf) und Wort (Christina Kleineidam, Publizistin). Ausstellung **bis 10. Dezember.** Paulus-Akademie, Carl-Spitteler-Strasse 38, Zürich. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 14.00 – 17.30 Uhr.

RADIO-/TV-TIPPS

Margot Kässmann – mitten im Leben. In der neuen Doku-Reihe «Margot Kässmann – mitten im Leben» wird die evangelische Theologin aufgezeigt, was die christlichen Feste für uns heute bedeuten. Dabei trifft sie Menschen, deren Lebensweg eine «Schnittstelle» zu dem jeweiligen Feiertag aufweist. Am Reformationstag zum Beispiel einen Mann, der seit Jahren mit Schulden und Schuldgefühlen lebt. **31. Oktober, 17.50, ZDF**

Luther. Spielfilm aus dem Jahr 2003. Regie: Eric Till. **31. Oktober, 21.00, 3sat**

Ein Dorf im neuen Russland. Passage 2: Das Dorf Jasnaja Poljana, wo Leo Tolstoj geboren wurde und den grössten Teil seines Lebens verbracht hat, existiert noch heute. Es ist, hundert Jahre nach dem Tod des Schriftstellers, ein Ort, an dem vieles ausprobiert wird. **5. November, 20.00, DRS 2**

Häuptling ruft Missionar. Fenster zum Sonntag: Die Schweizer Missionarsfrau Margrit Honegger berichtet über Freud und Leid ihres Lebens auf Borneo in den 1950er Jahren. **6. November, 17.15, SF zwei (Wdh. 7.11.12.00)**

Not lindern, bilden und bessern. Passage 2: Die Schweizer Gemeinnützige Gesellschaft blickt auf zwei Jahrhunderte Freiwilligenarbeit zurück. **12. November, 20.00, DRS 2**

LESERBRIEFE



REFORMIERT. 24. 9. 2010
Dossier: «Das Böse»

FREIHEIT ZUM BÖSEN

Wenn Gott am Ursprung von allem steht, so lautet der vielleicht zunächst fast schockierende, aber zwingende Schluss, dass auch das Böse oder doch dessen Möglichkeit seinem Willen entspricht. Warum Gott das so will? Wir können nicht Rechenschaft fordern von ihm; doch zwei Überlegungen helfen vielleicht weiter: Zum einen: Gott gibt dem Menschen Freiheit. Seine Gebote sind keine Naturgesetze mit ihren unabänderlichen, streng kausalen Mechanismen, wie sie im Kosmos herrschen. Sie sind Forderungen, denen der Mensch nachkommen kann – oder auch nicht. Das gehört zum Wesen der Freiheit. Dazu gehört freilich auch, dass der Mensch die Folgen des Ungehorsams zu tragen hat. Zum anderen: Gäbe es diese Freiheit nicht und wäre der Mensch auf einen starr festgelegten Weg ohne Abweichungsmöglichkeiten verwiesen, dann gäbe es auch das Gute nicht. Woher wissen wir nun aber, was gut ist? Die Lehre Jesu, sein Leben und Sterben geben Antwort. Zwar sind wir aufgerufen – jeder an seinem Ort –, gegen das Böse in all seinen Erscheinungsformen zu kämpfen, aber wir allein werden das Böse als Prinzip nie zu überwinden vermögen.

RUDOLF FRIEDRICH, WINTERTHUR

JESUS UND SATAN

Im Interview mit Herrn Drewermann über das Böse steht: «Jesus glaubte nicht an die Hölle und den Teufel.» Diese Aussage widerspricht den biblischen Berichten. Woher wussten die Evangelisten von der Versuchung Jesu durch Satan? Wohl nur durch Jesus selber. In der Deutung des Gleichnisses vom Unkraut erklärt Jesus: «Der Feind, der das Unkraut sät, ist der Teufel» (Mt. 13, 39). In Lukas 13, 16 erklärte Jesus: «Diese aber, eine Tochter Abrahams, die der Satan schon 18 Jahre gebunden hielt ...» Wie hätte Jesus so reden können, wenn er nicht von der Existenz und Wirkungsweise Satans Kenntnis gehabt hätte?

FLORIAN RETTICH, HORGEN

ERLÖSUNG VOM BÖSEN

Über «das Böse» lesen wir genügend in der Zeitung. Leider war gar nichts vom Guten zu hören, von Jesus Christus, dem einzigen Retter und Erlöser von Sünde und Schuld. Ihn müssen wir ehren und verkünden, wer sonst kann uns erlösen vom Bösen? Im Leben und Sterben brauchen wir ihn. Busse und Vergebung der Sünden durch sein kostbares Blut müssen heute noch verkündigt werden. Wir haben grosse Verantwortung vor Gott und den Menschen.

ELISABETH KAMM, WINTERTHUR

REFORMIERT. 24. 9. 2010
Sterbehilfe: «Ethische Zumutung»

UNTERSTELLUNG

Fragwürdig und problematisch sind nicht das angebliche Verschweigen der Zugehörigkeit des Studienautors zur Ethikkommission von Exit und die daraus resul-

tierende vermeintlich unethische Fragestellung – fragwürdig ist vielmehr die implizite Schlussfolgerung, das Ergebnis sei aus oben genannten Gründen verfälscht. Eine derartige Unterstellung disqualifiziert erstens die Gruppe der Befragten und zweitens alle Menschen, die sich mit den betreffenden Antworten identifizieren können, als leicht beeinflussbare Personen ohne jegliches eigenes Denkvermögen. «reformiert.» bekräftigt erneut den Absolutheitsanspruch der Sterbehilfegegner auf eine alleinige ethische Grundhaltung. Es wird völlig ignoriert, dass namhafte Experten unter den Theologen und Ethikern in dieser brisanten und bewegenden Frage ganz verschiedene Positionen (bis zur eindeutigen Befürwortung der Sterbehilfe) vertreten. Es ist eine bekannte Tatsache, dass viele unheilbare Patienten, die Hilfe bei Exit suchen, zuerst die Palliativpflege beanspruchen und diese früher oder später abbrechen, um zu einem ihnen angemessenen Zeitpunkt (abhängig von der subjektiven Befindlichkeit und Lebensqualität) zu sterben.

FELICITAS PECHOTA-UFER, THALWIL

UNTERLASSUNG

Die Studie von Christian Schwarzenegger konfrontierte die Befragten mit Lebenssituationen, welche mehrheitlich ausgeblendet werden. Umso wichtiger wäre es gewesen, dass den Befragten auch Alternativen zum Notausgang «Exit» aufgezeigt worden wären. Wieso wurde in der Umfrage nicht gefragt, ob Betroffene bessere Unterstützung und Begleitung erhalten sollen? Wieso wurde nicht aufgezeigt, dass es auch im Schmerz, Leid und Tod Wege gibt, die von einem tiefen Ja zum Leben und einem Ja zum Menschen geprägt sind? MARKUS SCHAAP, KANTONS RAT EVP, ZELL

REFORMIERT. 24. 9. 2010
«Massenweise Songs für die Kirche»

ZEITGEMÄSS?

Die Zeit wird die Spreu vom Weizen zu trennen wissen. Möglicherweise ist das Problem, das die herkömmliche Kirche mit der zeitgemässen Kirche hat, mittels einer entsprechenden Zugehörigkeit zu bewältigen. Wenn da nicht die Frage wäre, ob denn die herkömmliche, die bekennende Kirche nicht die wirklich zeitgemässe wäre?

HANS MARTIN ULBRICH, ZÜRICH

IHRE Meinung interessiert uns. Schreiben Sie an zuschriften@reformiert.info oder an «reformiert.» Redaktion Zürich, Postfach, 8022 Zürich.

Über Auswahl und Kürzungen entscheidet die Redaktion. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

TIPPS



Helena Aeschbacher, Lyrikerin und Lichtkünstlerin



Disput im Kulturhaus Helferei: David Signer und Niklaus Peter

FOTOGRAFIEN UND GEDICHTE

«KOSTBARE AUGENBLICKE VERGEHEN WIE SPIEGELBILDER IM WASSER»

Ihre Heimat ist Böhmen, ihr Refugium das Kloster Kappel. Dort wohnt Helena Aeschbacher seit Jahren. Dort findet sie Inspiration und Motive für ihre Gedichte und Fotografien. Nun zeigt ein neues Buch die Welt von Kappel in den Spiegelbildern, die der Klosterweiher reflektiert. Die in Blau und Weiss leuchtenden Fotos spiegeln sich in den Gedichten auf der gegenüberliegenden Seite – oder ist es umgekehrt? So oder so – in

Worten und Farben eröffnen sich Abgründe von Verlust und Verlassenheit, Verheissung von Hoffnung, Glauben, Trost leuchtet auf. Die Fotografien und Gedichte sind im November auch in einer Ausstellung im Kloster Kappel zu sehen. Vernissage: 31.10., 15.30. KK

HELENA AESCHBACHER: Spiegelbilder. Zu beziehen zum Preis von Fr. 25.– zzgl. Porto und Verpackung bei: Paul Jenni, Hölbündenstrasse 16, 8964 Rudolfstetten, pljenni@bluewin.ch

DISPUT

IST DER REFORMIERTE GOTTESDIENST WIRKLICH LANGWEILIG, UNVERSTÄNDLICH, IRRELEVANT?

In seinem viel beachteten Beitrag «Das Wort zum Einschlafen» in der «NZZ am Sonntag» stellte der Ethnologe und Publizist David Signer die Vermutung auf, dass Gottesdienst und Predigten für die meisten Menschen von heute wie in einer Fremdsprache formuliert seien. Er setzte sich dabei höchst kritisch mit den Botschaften auseinander, die er in verschiedenen Zürcher Kirchen vernommen hatte. Einer der so be-

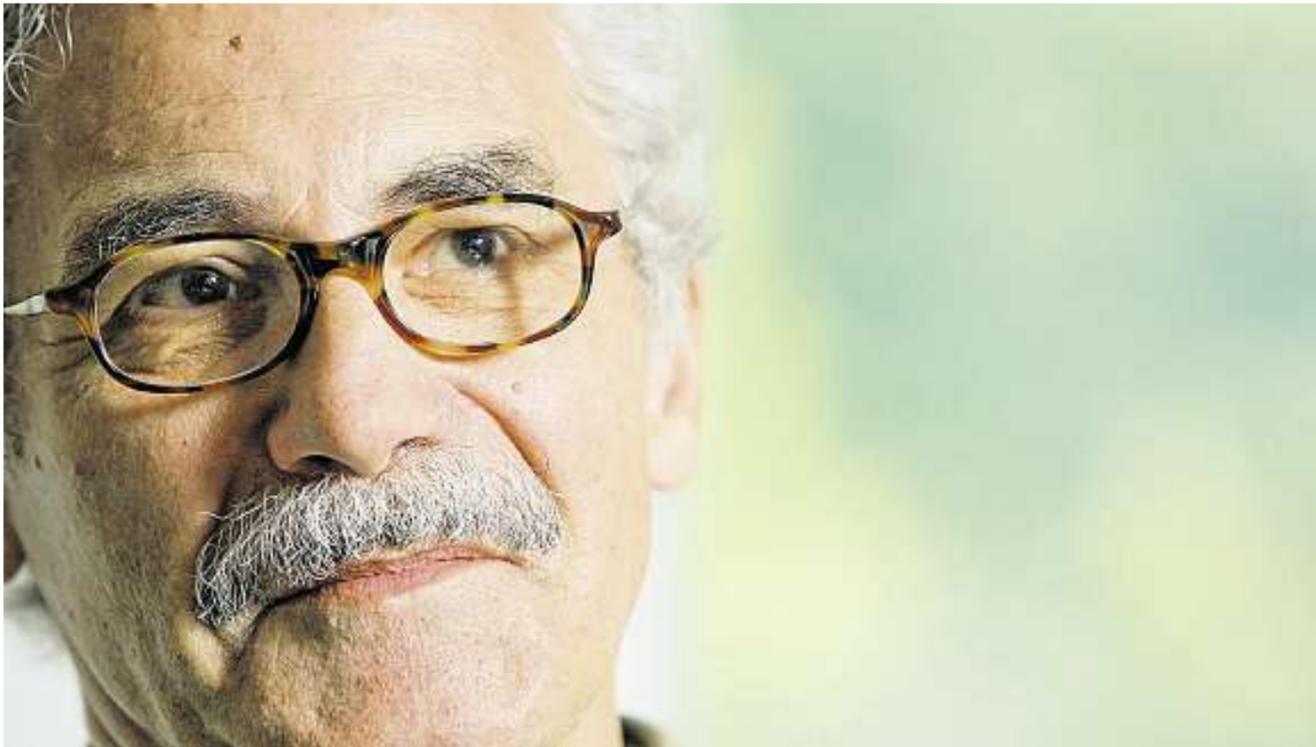
urteilten Pfarrer ist Niklaus Peter vom Fraumünster. In einem von den Kirchgemeinden Grossmünster und Fraumünster organisierten Disput kreuzen nun die beiden Intellektuellen die Klängen. KK

DAS WORT zum Einschlafen? Ein Disput über Zukunft und Gegenwart der Schweizer Reformierten mit Dr. theol. Niklaus Peter und David Signer. Moderation: Daniel Klingenberg, Redaktor «St. Galler Tagblatt». Montag, 8. November, 19.30 Uhr, Kulturhaus Helferei, Kirchgasse 13, 8001 Zürich

VORSCHAU

SICH ERINNERN/ Leben mit den Verstorbenen

ERSCHEINT AM 12. 11. 2010



Oswald Sigg hat ein wachsames Auge auf die Entwicklungen in der Gesellschaft

«Es mangelt an Zivilcourage»

ENGAGEMENT/ Der frühere Bundesratssprecher Oswald Sigg setzt sich für Benachteiligte ein.

«Die Aussichten auf freie Zeit, in der ich tun und lassen kann, was ich will, hat mich sehr beflügelt», sagt Oswald Sigg (66). Er spricht ruhig und überlegt, ein wacher Gesprächspartner. Als der frühere Vizerektor der Eidgenossenschaft Ende März 2009 in Rente ging, empfand er die Entlastung vom durchstrukturierten Arbeitsalltag im Bundeshaus als befreiend. Von Ruhestand ist jedoch keine Rede. Nach vier Jahren als Bundesratssprecher ist Sigg nun wieder zu seinen Wurzeln zurückgekehrt: Als Journalist schreibt er für die Schwächeren. Für den Mediendienst «Die Hälfte / La Moitié», den sein Kollege Paul Ignaz Vogel 1996 gegründet hat, porträtiert er Menschen am Rande der Gesellschaft. «Da reflektieren wir Sozialpolitik aus einer ganz anderen, einer ungewohnten Warte», sagt Sigg. Denn in der Sozialpolitik werde über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. «Der Einzelne, der in prekären Verhältnissen lebt, der Flüchtling, der IV-Bezügler, sie spielen dabei eine untergeordnete Rolle.»

MANGEL. Sigg spricht von einem Defizit – nicht bloss in den Medien, sondern allgemein in der schweize-

rischen Gesellschaft. «Es mangelt an sogenannten normalen Leuten mit Zivilcourage, die sich mit denen beschäftigen, denen es nicht so gut geht.» Seit der Kampagne der SVP gegen «Sozialschmarotzer» und «Scheininvaliden» vor zwei Jahren sei der Zugang zu den Sozialdiensten zudem schwieriger geworden. Rund die Hälfte aller Sozialhilfeberechtigten machten denn auch ihre Ansprüche gar nicht mehr geltend.

MATTE. Seit 1995 wohnt Oswald Sigg mit seiner Familie – er ist Vater zweier erwachsener Kinder – im Berner Mattequartier, und gilt, obwohl in Zürich Höngg aufgewachsen, als waschechter «Mätteler». Als im Jahr 2005 das Aare-Hochwasser die Matte überschwemmte, musste Sigg mit dem Boot nach dem Rechten sehen. Im Quartier kursieren Anekdoten über ihn. Als es einmal in der Matte «hudelte», meinte ein Passant zu Sigg, er solle doch angesichts der hohen Steuern dem Bundesrat vorschlagen, demnächst für besseres Wetter zu sorgen. Darauf Oswald Sigg trocken: «Das könnte ich schon, aber ich glaube, die würden sich nicht einig.»

MORAL. Mit seinen politischen Ansichten hielt der Sozialdemokrat und Altlinke Sigg nie hinter dem Berg. «Heute hat derjenige die grössten Chancen, der am meisten Mittel in einen Abstimmungskampf investieren kann», erklärt er mit Bestimmtheit. In Zeiten solcher «Aktionärsdemokratie» verschwinde zunehmend die soziale Gerechtigkeit und damit die Chancengleichheit. Der besorgniserregende Wertewandel in der direkten Demokratie ist eines von Siggs Uranliegen. Er kennt sich in der Materie aus; 1978 hat er seine Doktorarbeit über die Wirkungsweise der Volksinitiative geschrieben. Seine politischen Aktivitäten beschränken sich jedoch auf seine Mitgliedschaft bei der SP-Ortsgruppe Bern Ost.

MENÜ. Sigg ist aber auch ein leidenschaftlicher Koch. Sein «Kochbuch für alle Fälle» mit zwölf Rezepten gutbürgerlich-schweizerischer Provenienz, von dem er dreihundert Exemplare im Eigenverlag herausgegeben hat, war nach vierzehn Tagen ausverkauft. «Wahrscheinlich gebe ich im nächsten Jahr eine ergänzte Neuauflage heraus», sagt er. Mehr will er nicht verraten. **RENÉ WORNİ**

Der Kommunikator

Oswald Sigg, geboren 1944, studierte Soziologie sowie Volks- und Betriebswirtschaft. Er war Chefredaktor der Schweizerischen Depeschagentur (SDA), Kommunikationschef der SRG, Sprecher verschiedener Bundesdepartemente und von 2005 bis zu seiner Pensionierung Vizerektor und Bundesratssprecher.

GRETCHENFRAGE

LARRY HURAS

«Ich bete – aber nie für den Sieg»

Wie haben Sies mit der Religion, Herr Huras?

Mein Glaube ist mir sehr wichtig. Ich gehöre zur lutherischen Kirche, die hier in Bern zwar ganz klein ist, aber bei mir zu Hause in Kanada zu den grösseren gehört. An Gott glauben heisst für mich: hart arbeiten, mein Bestes geben, Stärke spüren und die Gewissheit haben, dass alles seinen Grund hat – auch wenn ich es manchmal nicht sehen kann. Glaube macht mich stark.

Gehen Sie oft in den Gottesdienst?

Als Eishockeytrainer geht das zeitlich leider oft nicht so gut. Aber im Sommer, wenn wir in Kanada wohnen, dann gehen wir oft in eine kleine Kapelle in der Nähe unseres Sommerhauses. Dort predigen Mormonen, Protestanten, Lutheraner ... jeden Sonntag jemand anderes. Das kommt uns entgegen. Meine Frau ist Mormonin. Aber diese Unterschiede sind ja menschengemacht. Gott ist einfach Gott – und er ist für alle da.

Beten Sie eigentlich vor wichtigen Spielen?

Ja, ich bete schon – aber nie für einen Sieg: immer nur für das Team und unsere Gesundheit. Beten für einen Sieg, das käme mir doch etwas seltsam vor. Wenn man sich vorstellt, dass Gott unsere Spiele entscheiden müsste! Ein bisschen absurd, oder ...?

Sie sprechen recht offen über Ihren Glauben und Ihre Beziehung zu Gott – in der Schweiz ist das eher eine Ausnahme.

Ja, es ist mir auch schon aufgefallen, dass man hier über Religion nicht so gerne spricht. 99 Prozent der Fragen an mich betreffen ohnehin Eishockey! Warum eigentlich? Ich bin ein Mensch. Kein perfekter – fragen Sie meine Frau! –, aber ich probiers immer wieder. Und der Glaube hilft mir dabei.

Sprechen Sie auch mit Ihren Spielern über Ihren Glauben?

Ja, das mache ich tatsächlich ab und zu. Aber nicht als Missionar. Ich sage Ihnen aber, was mir mein Glaube bedeutet und wie er mir hilft, Enttäuschungen zu verarbeiten und Stress zu bewältigen. Stress ist ja ein grosses Thema in unserem Beruf.

INTERVIEW: RITA JOST



BILD: DANIEL WENGER

CARTOON CHRISTA

JÜRIG KÜHNİ



VERANSTALTUNGEN

WORLD YWCA-KONGRESS TAUSEND CEVI-FRAUEN IN ZÜRICH

Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen für die grosse internationale Konferenz der Cevi-Frauen, die am 12. und 13. Juli 2011 in Zürich stattfinden wird. Das World YWCA Council findet alle vier Jahre statt und ist die Legislative und das Führungsorgan des World-YWCA-Frauenweltbunds. Delegationen der Mitgliedorganisationen treffen sich, um den Vorstand zu wählen und die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Jahre zu bestimmen. Es

werden auch Workshops und Schulungen zu den Arbeitsschwerpunkten angeboten. Die Organisierenden suchen Freiwillige, die bereit sind, an der Konferenz mitzuhelfen, sowie Gastgebende für Bed and Breakfast. **KK**

INFORMATIONEN: www.cevi2011.ch
Anmeldung für den Kongress:
www.ywcacouncil.org/registration
Für Freiwilligeneinsätze:
volunteer@cevi2011.ch
Für Bed and Breakfast: Adrian Kusch-Wälchli, Tel. 044 231 20 58, E-Mail: ywca2011@cevizuerich.ch

LARRY HURAS

Der 55-jährige Kanadier ist Cheftrainer beim Schlittschuhclub Bern, mit dem er 2010 Schweizer Meister wurde. Der ehemalige Profispieler arbeitet seit 1994 in der Schweiz. Er wohnt in Stettlen.